

# Rhein-Zeitung

www.rhein-zeitung.de



## Wissenswertes zur Wiesn

Das 190. Oktoberfest wird am Samstag eröffnet. Seite 14

## Wo die Stadt Koblenz auf Überwachung per Video setzt

Technik soll Vandalismus verhindern. Seite 15

## Bitterer Abend für Dortmund

Späte Gegentore in Turin ärgern den Fußball-Bundesligisten. Seite 28



DONNERSTAG, 18. SEPTEMBER 2025 | 80. JAHRG. | NR. 217

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG - SEIT 1946

5912 | B0 | KOBLENZ | 3,40 EURO

## Spektakel für Donald Trump

Empfang in London

■ **London.** Eine Prozession mit prachtvollen Kutschen, militärische Ehren, aber auch Proteste: US-Präsident Donald Trump und seine Frau Melania sind zum Staatsbesuch auf Schloss Windsor von König Charles III., Königin Camilla, Prinz William sowie Prinzessin Kate empfangen worden. In London formierte sich derweil Protest. Viele Menschen hielten Schilder mit der Aufschrift „Nein zu Rassismus. Nein zu Trump“ in der Hand. *dpa*

Foto: Evan Vucci/AP/dpa

Mehr auf Forum, Seite 5



### Kompakt

## Länder kritisieren Bund beim Deutschlandticket

■ **Berlin.** Millionen Nutzer müssen sich auf eine Preiserhöhung beim Deutschlandticket einstellen. Sie könnten dann 62 bis 64 Euro pro Monat zahlen müssen, wie im Vorfeld der Sonderverkehrsministerkonferenz am Donnerstag zu erfahren war. Die rheinland-pfälzische Verkehrsministerin Katrin Eder (Grüne) sagte: „Wir wollen das Deutschlandticket retten. Leider wird das vermutlich nur über eine Preiserhöhung möglich sein, weil der Bund seine Versprechungen aus dem Koalitionsvertrag nicht einlöst.“ *dpa*

Mehr auf Rheinland-Pfalz, Seite 2

### Die gute Nachricht

## Schüler retten Kind (4) vor dem Ertrinken

Mut kennt kein Alter: Als ein Vierjähriger im Freibad im baden-württembergischen Nordheim auf den Grund sinkt, sind es zwei Schulkinder, die eingreifen. Marlene (11) und ihr Freund Leo (12) reagieren schneller als alle Erwachsenen – und verhindern so eine Tragödie. Der Vierjährige hatte sich vor ihren Augen am Sprungturm vorgedrängelt, er war ins 3,85 Meter tiefe Becken gesprungen, kurz aufgetaucht und sofort wieder untergegangen, erzählen Leo und Marlene über jenen Tag Mitte August. Sie springen ohne Zögern hinterher, Leo taucht fast vier Meter tief. „Ich habe nur gedacht: Bring das Kind nach oben, damit es weiterleben kann“, erinnert sich Marlene. Gemeinsam ziehen sie den kleinen Körper an die Oberfläche, wenden eine Abschlepptechnik an und retten so das Kind. Der Abschleppgriff wurde eine Woche vorher bei der DLRG geübt, sagt Leo. Am Beckenrand presst Marlene Wasser aus dem Bauch des Jungen. Wenige Augenblicke später kann er wieder atmen. Bürgermeister Volker Schriek nennt die beiden „kleine Helden und große Vorbilder“. Aus seiner Sicht müssten sich viele Eltern ihrer Verantwortung am Beckenrand bewusst werden. *dpa*

Foto: Marijan Murat/dpa



# Merz präsentiert sich als Reformkanzler

In der Generaldebatte zum Haushalt bittet er die Bürger um Geduld und Mithilfe – Scharfe Kritik aus der Opposition

Von den dpa-Korrespondentinnen und -Korrespondenten

■ **Berlin.** Bundeskanzler Friedrich Merz hat die Menschen in Deutschland auf tiefgreifende Reformen vorbereitet und sie um ihre Unterstützung dafür gebeten. „Die Entscheidungen, die vor uns liegen, gehen nicht um Details, sondern sie gehen um sehr Grundsätzliches“, sagte der CDU-Chef in der Generaldebatte über den Kanzleretat im Bundestag. „Es geht um nicht mehr und um nicht weniger als um die Zukunft unseres Landes – wie wir leben, wie wir zusammenleben, wie wir arbeiten, wie wir wirtschaften, und ob unsere Werte weiterhin Bestand haben.“ Merz betonte die Dringlichkeit der geplanten Reformen der Wirtschaft und der Sozialsysteme. „Es gibt jetzt keine Zeit mehr zu verlieren. Unser Land muss jetzt spüren, dass es besser wird, dass die lange bekannten Probleme wirklich angegangen werden“, sagte der Kanzler. „Ich bitte die Bürgerinnen und Bürger, unsere Bundesregierung, diese Bundesregierung, dabei zu unterstützen.“

Zuvor hatte AfD-Partei- und Fraktionschefin Alice Weidel den Kanzler scharf attackiert, ihm erneut den Bruch von Wahlversprechen und „Kriegstreiberei“ in der Ukraine vorgeworfen. Anders als

in seiner ersten Generaldebatte als Kanzler im Juli ging Merz diesmal aber nicht darauf ein.

Der Kanzler betonte erneut, dass die Trennung von Innen- und Außenpolitik überholt sei. Er warnte vor möglichen Folgen eines von Russland diktierten Friedens in der Ukraine. Das würde den russischen Präsidenten Wladimir Putin nur ermutigen, „sich sein nächstes Ziel zu suchen“, sagte der CDU-Chef. „Putin testet längst die Grenzen“, betonte er. „Er sabotiert, er spioniert, er mordet, er versucht zu verunsichern.“

Der Kern der Rede des Kanzlers bestand aber im Werben für weitreichende Veränderungen zur Stabilisierung der Sozialsysteme. „Der Herbst der Reformen ist längst eingeleitet“, sagte Merz. Er wolle einen „neuen Konsens“ darüber herstellen, was Gerechtigkeit bedeute. Der Generationenvertrag müsse neu gedacht werden. Junge Menschen dürften nicht zusätzlich belastet werden, nur weil sie in der Unterzahl seien. Zugleich müsse den Älteren ihren Ruhestand in wirtschaftlicher Sicherheit genie-

ßen können. Ziel sei es, die sozialen Versprechen auch künftig erfüllen zu können.

Konkret wurde Merz allerdings nicht, was die anstehenden Reformschritte etwa beim Bürgergeld angeht. Seine Koalition schwor er

„Es wird sich ein Winter, ein Frühling, ein Sommer, ein nächster Herbst anschließen mit Reformen.“

Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) in der Generaldebatte zum Haushalt

Foto: Kay Nietfeld/dpa



darauf ein, bei der Bewältigung der anstehenden Herausforderungen „in Gemeinsamkeit und mit einer ebenso großen Entschlossenheit“ zu handeln. Und er bat um Ausdauer beim anstehenden Reformprozess. „Der Herbst der Reformen wird auch nicht die letzte Jahreszeit sein, in der wir das Land zum Besseren verändern“, kündigte er an. „Es wird sich ein Winter, ein Frühling, ein Sommer, ein nächster Herbst anschließen mit Reformen.“

Zurückhaltender als Merz äußerte sich SPD-Fraktionschef Matthias Miersch zum Umfang des Reformbedarfs. Es müsse um Effizienz

und Zielgenauigkeit gehen. „Daran wollen wir gerne mitarbeiten“, sagte er. Der Sozialstaat sei aber auch die Grundlage des Zusammenlebens und einer starken Wirtschaft. „Das werden wir verteidigen.“ Erneut warb Miersch dafür, Vermögende stärker zur Kasse zu bitten. „Die großen breiten Schultern, die großen, großen Vermögen müssen sich stärker beteiligen in diesem Land, auch das gehört zur Gerechtigkeit mit dazu.“

Die Fraktionschefin der Linken, Heidi Reichinnek warnte in ihrer Rede vor drastischen Einschnitten bei den Sozialleistungen. „Was bei Ihnen ansteht, ist nichts anderes als ein Herbst der sozialen Grausamkeiten. Das werden wir nicht hinnehmen“, sagte sie.

Die Generaldebatte gilt als Höhepunkt der Haushaltsberatungen und wird von der Opposition in der Regel zur Generalabrechnung mit der Regierungspolitik genutzt. Eröffnet wurde die Aussprache wie immer von der größten Oppositionsfraktion. AfD-Fraktionschefin Weidel kritisierte in ihrer Auftaktrede die Migrationspolitik der

schwarz-roten Bundesregierung scharf und sprach von „Alibimaßnahmen und Symbolpolitik“. Sie erneuerte AfD-Forderungen nach weiteren Verschärfungen an den Grenzen, beim Familiennachzug, nach einer Rückkehr zur Kernkraft oder für Ausgabenstreichungen beim Klimaschutz.

AFD-Chefin Weidel warf Merz zudem „Kriegstreiberei“ vor. „Sie sabotieren die Bestrebungen des US-Präsidenten Donald Trump, den Ukraine-Krieg schnell zu beenden.“ Merz ging auf keinen der Vorwürfe Weidels ein. In der Voraldebatte im Juli war das noch anders. Damals lieferten sich beide eine heftige Auseinandersetzung, in der Weidel den CDU-Chef als „Lügenkanzler“ bezeichnete und Merz das als „üble Nachrede“ zurückwies.

Die Grünen-Fraktionschefin Katharina Dröge kritisiert die schwarze Wirtschaftspolitik scharf. Merz habe durch Druck auf die EU-Kommission einen unvorteilhaften Handelsdeal mit US-Präsident Donald Trump mitzuverantworten. „Das ist einfach schlecht.“ Die CDU klammerte sich an Technologien von gestern wie den Verbrennungsmotor. „Ihnen fehlt der Mut zur Zukunft, und zwar Ihnen allen in der CDU.“

Kommentar auf Forum, Seite 5

### INHALTSVERZEICHNIS

Wirtschaft	7
Leben	9
Kultur	10/11
TV-Programm	12
Intermezzo: Roman, Horoskop	25

### DIGITALES

www.rhein-zeitung.de  
www.facebook.com/rheinzeitung  
www.instagram.com/rheinzeitung

### WIR FÜR SIE

Abo/Zustellung Tel: 0261/9836 2000  
Anzeigen Tel: 0261/9836 2003



# EU-Kommission plant scharfe Sanktionen gegen Israel

Strafen gegen extremistische Minister und Aussetzen der Handelsvorteile könnten das Land empfindlich treffen

■ **Brüssel.** Als Reaktion auf die Entwicklungen im Gazastreifen schlägt die Europäische Kommission den EU-Staaten das Verhängen weitreichender Sanktionen gegen Israel vor. Nach dem Willen der Behörde unter der Leitung von Ursula von der Leyen sollten unter anderem Freihandelsvorteile gestrichen und Strafmaßnahmen gegen extremistische israelische Minister und Siedler veranlasst werden. Ziel des Vorstoßes ist es, Israel zu einem Kurswechsel bei sei-

nem Vorgehen im Gazastreifen zu bewegen. Aus Sicht der Kommission verstößt das Land mit seiner Militäroffensive und der daraus resultierenden humanitären Katastrophe gegen die Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht.

Kommissionspräsidentin von der Leyen erklärte: „Die entsetzlichen Dinge, die sich täglich im Gazastreifen abspielen, müssen aufhören.“ Es brauche eine sofortige Waffenruhe, ungehinderten Zugang für humanitäre Hilfe und die

Freilassung aller von der Hamas festgehaltenen Geiseln.

Das Streichen von Freihandelsvorteilen für Israel würde nach Angaben aus der EU-Kommission 37 Prozent der israelischen Warenexporte in die EU betreffen. Da die EU für Israel der wichtigste Handelspartner ist, könnte vor allem dieser Kommissionsvorschlag Druck auf die israelische Regierung ausüben.

Bei den israelischen Ministern, die nach dem Willen der EU-Kom-

mission sanktioniert werden sollten, handelt es sich um Finanzminister Bezalel Smotrich und Polizeiminister Itamar Ben-Gvir. Ihnen werden Menschenrechtsverletzungen und Aufstachelung zum Hass vorgeworfen. Zudem schlägt die Kommission auch neue Sanktionen gegen die palästinensische Terrororganisation Hamas vor.

Ob die Sanktionen umgesetzt werden, ist unklar. Im Rat der Mitgliedstaaten bräuchte es die Zustimmung von 15 der 27 EU-Staa-

ten, die zusammen mindestens 65 Prozent der Gesamtbevölkerung der EU ausmachen.

Israel hatte den Sanktionsvorstoß der Kommission bereits vor der Vorlage von Details scharf kritisiert. Israels Außenminister Gideon Saar schrieb in einem Brief an von der Leyen, es sei „unverhältnismäßig“ und „beispiellos“, wegen des israelischen Vorgehens im Gazastreifen bestimmte Handelsvorteile aussetzen zu wollen. *dpa*